idw - Informationsdienst Wissenschaft
Nachrichten. Termine. Experten

Press release

Universität Hohenheim
Florian Klebs
12/04/2008
http://idw-online.de/en/news292341

Research results, Schools and science
Media and communication sciences, Politics, Psychology, Social studies, Teaching / education
transregional, national

Interessiert aber überfordert: Vor Wahlrecht mit 16 müssten Schulen erst ihre Defizite beseitigen

Unabhängig vom Schulsystem sind Deutschlands Teenager für eine Herabsenkung des Wahlalters zu schlecht vorbereitet, sagen Forscher der Universität Hohenheim. 16jährige sind politisch fast genau so interessiert wie 18jährige Erstwähler. Um ihnen das Wahlrecht verleihen zu können, müssten die Schulen das Thema politische Bildung jedoch wesentlich früher aufgreifen, so das Ergebnis einer Studie der Universität Hohenheim zum Politikverständnis junger Menschen. Im Rahmen eines Forschungsprojektes am Fachgebiet für Kommunikationswissenschaft zeigte sich, dass 16jährige Schüler gegenüber 18jährigen Erstwählern noch starke Defizite haben, wenn es etwa darum geht, Politikerreden zu verstehen.

"Das Interesse und die Motivation sich mit Politik zu beschäftigen, könnte durch ein niedrigeres Wahlalter unterstützt werden. Damit ergibt sich auch die Chance, dass politische Bildung bei den Jugendlichen eher hängen bleibt", meint Jan Kercher, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft von Prof. Dr. Frank Brettschneider. Allerdings solle das Wahlrecht nicht von heute auf morgen gesenkt werden. Voraussetzung hierfür wäre nach Ansicht des Wissenschaftlers, dass zunächst in den Lehrplänen das Thema politische Bildung vorgezogen würde.

Eine Einschätzung, die auf den Ergebnissen eines zweijährigen Dissertationsprojektes fußt, in dem Kercher u.a. das politische Wissen und Politikverständnis von 134 Jugendlichen und jungen Erwachsenen verglich. In einem ersten Wissenstest sollten die Teilnehmer die richtige Definition von politischen Begriffen und Abkürzungen ankreuzen oder Politikern ihre jeweilige Partei und Funktion zuordnen. Im zweiten Testteil bekamen die Teilnehmer Original-Auftritte von Politikern zu sehen und mussten hinterher Verständnis-Fragen beantworten.

Entgegen ihrer Selbsteinschätzung schnitt die Gruppe der 16- bis 17jährigen Jugendlichen bei diesem Verständnisteil wesentlich schlechter ab, als die Gruppe der 18- bis 21jährigen Erstwähler. So erreichten die Neuntklässler der Hauptschule gerade einmal die Hälfte der Punkte im Verständnistest, die Berufsschüler hingegen immerhin fast zwei Drittel. Dieser altersbedingte Unterschied zeigte sich ähnlich deutlich beim Vergleich von Gymnasiasten und Studienanfängern.

Eine Erklärung hierfür lieferten die Ergebnisse der Wissenstests: Auch dort schnitten die jüngeren Schüler signifikant schlechter ab als die wahlberechtigten Versuchsteilnehmer. Gleichzeitig fanden sich in Bezug auf das Interesse an Politik und die Bedeutung im persönlichen Alltag jedoch kaum Unterschiede zwischen den beiden Altersgruppen.

Für Kercher ein Beleg dafür, dass sich v.a. der zusätzliche Politik-Unterricht von Oberstufe und Berufsschule positiv auf die Verständnisfähigkeit auswirkt. "Es ist daher die Aufgabe der Wissenschaftsministerien und Schulen erst das Lehrangebot zu ändern, bevor dann zeitverzögert auch das Wahlalter herabgesetzt werden könnte", so das Fazit des Kommunikationswissenschaftlers.

Hintergrund Wahlrecht mit 16

In Österreich wurde das Wahlalter gerade erst vor der letzten Wahl auf 16 Jahre herabgesetzt. In Brasilien, Kuba und Nicaragua dürfen Jugendlichen in diesem Alter ebenfalls wählen. Die Bundesrepublik senkte 1972 das Alter für ein aktives Wahlrecht von 21 auf 18 Jahre herab. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt wollte dadurch mehr Demokratie wagen und die Jugendlichen näher an die Politik und die Demokratie heranführen. Genau dies sind auch heute noch die Argumente der Befürworter einer Herabsetzung des Wahlalters. Wie erst vor kurzem eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung ergab, spricht sich bislang jedoch eine deutliche Mehrheit der Deutschen (86 Prozent) gegen eine Herabsetzung des Wahlalters aus.

Ansprechperson:
Dipl. rer. com. Jan Kercher, Fachgebiet Kommunikationswissenschaft
Tel.: 0711/459-22287, E-Mail: kercher@uni-hohenheim.de

URL for press release: http://www.uni-hohenheim.de/presse Studie zum Wahlalter